

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. täglich 10 Pf. Die Kostenstellen und Postgebühren, neben dem Drucklohn, werden nach Möglichkeit herabgesetzt. Rücksendung eingeschalteter Briefe erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 266 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Druck

Postfach: Dresden 2641

Dienstag, den 14. November 1933

## Friedensoffensive.

Die Unabhängigkeit, die staatliche Freiheit, die nationale Ehre, geht einem Volk, wie dem unseren, über alles! Der preussische Ministerpräsident Otto von Bismarck sprach das Wort vor der zweiten Kammer des Landtags im Jahre 1867. Am 12. November 1933 hat das deutsche Volk dieses Wort in einem Maße bekräftigt, wie es die staatspolitische Geschichte bisher nicht gekannt hat. 45,1 Millionen Deutsche hatten diesmal das Wahlrecht. Es spielt praktisch keine Rolle, daß zwischen den Endergebnissen der Reichstagswahl und der Volksabstimmung ein Unterschied von einer knappen Million Stimmen besteht. Entscheidend sind und bleiben folgende Tatsachen:

1. Von den fast 43 Millionen für die Reichstagswahl abgegebenen Stimmen haben sich 92,2 Prozent für die NSDAP erklärt. Von den 43,4 Millionen bei der Volksabstimmung abgegebenen Stimmen haben 95,1 Prozent das Ja gesprochen.
2. Die Zahlen der ungültigen Stimmen (Reichstag 3,3 Millionen) und der Reinsager und ungültigen Stimmen bei der Volksabstimmung (2,8 Millionen) sind gegenüber dem Gesamtergebnis so gering, daß sie praktisch bedeutungslos sind; so machen bei der Volksabstimmung die Reinsager und ungültigen Stimmen zusammen nur 4,9 Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen aus!
3. Durch beide Stimmresultate ist die Politik der Regierung Hitler von der Gesamtheit des deutschen Volkes ausdrücklich in freier Abstimmung gebilligt worden.
4. Die besonders von gewissen Kreisen des Auslandes immer wieder angezeigte Erklärung der NSDAP, daß sie heute mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gleichbedeutend ist, wurde durch die beiden Stimmresultate in höchstem Grade als richtig nachgewiesen.
5. Die Stimmresultate bedeuten weiter eine einmütige Zustimmung zu der bisher von der Regierung Hitler betriebenen Politik einschließlich der Befreiung aller früheren Parteien.

Dies letztere wird besonders dann klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß selbst in solchen Wahlkreisen, die noch im letzten Jahre als uneinnehmbare Hochburgen einer Partei galten, jetzt eine fast restlose Mehrheit für die NSDAP brachten; Beispiele, wie etwa der Wahlkreis Oppern, der früher vom Zentrum beherrscht wurde, oder der Wahlkreis Pöls, der eine Domäne des bayerischen Zentrums, der sogenannten bayerischen Volkspartei war, beweisen das zur Genüge. Sie vermochten nicht einmal mehr 3 Prozent der abgegebenen Stimmen der Regierungspolitik zu entziehen. Damit ist erwiesen, daß der Einschmelzungsprozeß der früheren Parteien in Deutschland nahezu gänzlich durchgeführt ist. Eins der größten geschichtlichen Verdienste Hitlers, die Befreiung des übersteigerten Unfugs der Mehrparteiheit in Deutschland, ist mit den nächsten Zahlen des 12. November auch rein rechnerisch dargestellt.

Damit ist die innerpolitische Bedeutung dieser Wahl noch nicht annähernd erschöpft. Bekanntlich wurden nach dem 14. Oktober auch die Länderparlamente aufgelöst. Es wird mit zu den Aufgaben der Zukunft, auch zu den Aufgaben des neuen aus 661 Abgeordneten bestehenden Reichstages gehören, die Länderfrage in einem endgültigen Ergebnis zuzuführen. Schon auf dem Nürnberg Reichsparteitag fiel eine hochbedeutsame Andeutung des Sinnes, daß es im Zuge der Reichsvereinheitlichung bei dem durch das Reichstatthaltergesetz hinsichtlich der Länder geschaffenen Zustand laun bleiben dürfte. Und die von dem preussischen Ministerpräsidenten Göring geschaffene Institution des Preussischen Staatsrates enthält ja bereits alle Vorbedingungen zu einem kommenden Ausbau als Reichsrat. Die zahlreichen Länderparlamente waren bis zum vergangenen Jahr mit ihren mehr als 200 000 Abgeordneten ein getrenntes Spiegelbild des von 38 politischen Parteien beherrschten Reiches.

Wo ist jetzt noch ein Vorkämpfer oder Bessertwiler, der zweifelnd nach der Notwendigkeit dieser Wahlen fragt? Der 5. März brachte der Regierung Hitler einen Rückhalt von insgesamt 51,9 Prozent der abgegebenen Stimmen — der 12. November brachte eine Heerschau über mehr als fünf und neunzig Prozent aller abgegebenen Stimmen. Mit dieser Autorisierung gehen der Führer und sein Kabinett an die kommenden inner- und außenpolitischen Entscheidungen heran; sie läßt an Umfang und Reichweite die der Hitler-Regierung schon von dem März-Reichstag erteilte Ermächtigung weit hinter sich.

Es ziemt sich nicht für den einzelnen in einem autoritären Staat, Vermutungen oder gar Prognosen über die nun von der Reichsregierung einzuschlagende Außenpolitik anzustellen. Man braucht hier hinsichtlich der Außenpolitik nur darauf zu verweisen, daß Reichsminister Dr. Goebbels noch in der Wahlnacht angesichts des überwältigenden Ergebnisses mit vollem Recht von „neuen außenpolitischen Perspektiven“ sprach, und man braucht nur daran zu erinnern, daß durch

## MacDonald zur Abrüstungsfrage.

Aussprache im englischen Unterhaus.

Der Mißtrauensantrag der Labour-Party gegen die englische Regierung MacDonald auf Grund ihrer Abrüstungspolitik wurde im stark besetzten Unterhaus eingebracht. Der Mißtrauensantrag besagt, daß die englische Regierungspolitik in Bezug den starken Wunsch des englischen Volkes nach einer internationalen Abrüstungsvereinbarung nicht widerspiegelt. Angesichts der wachsenden öffentlichen Stimmung für eine vollkommene Abrüstung aller Staaten solle die Regierung MacDonald in Bezug folgende Abrüstungsvorschläge vorlegen: Vollständiges Verbot des Bombenabwurfs aus der Luft, allgemeine Abschaffung der Deuschland durch den Versailler Vertrag verbotenen Waffen, sofortige Herabsetzung der Rüstungsausgaben aller Staaten, Verbot der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels, internationale Rüstungsüberwachung in allen Ländern, Schaffung einer internationalen Polizeimacht und einer internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt. — Ministerpräsident MacDonald sagte,

man solle sich feinerzeit allerdings darüber einig gewesen sein,

daß die im Grundsatz zugestandene Gleichberechtigung in Abschnitten erreicht werden solle, und dies sei den Staaten ganz klar gewesen. Die bewaffneten Mächte sollten ihren Beitrag in Form der Abrüstung geben und die entwaffneten Mächte in der Form der erhöhten Sicherheit. Die Gleichberechtigung habe auch einen zweiten Abschnitt. Diesen Punkt habe er bei der Einbringung des englischen Abrüstungsentwurfs besonders hervorgehoben. Die deutschen Vertreter wie auch die der anderen Mächte hätten keine Einwendungen gegen diese Erklärung erhoben. Sollte jemand fordern, daß sich England nach Erledigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auch der Zerstörung der einzig bestehenden

Maschinerie der internationalen Zusammenarbeit anschließende solle, so sei die Antwort der englischen Regierung „Nein“. Der Abrüstungsentwurf der englischen Regierung bleibe die Grundlage der Genfer Verhandlungen.

Im Verlauf der Aussprache erklärte MacDonald noch folgendes: Wir können nicht zugeben, daß die Abrüstungsarbeiten nicht fortgesetzt werden,

weil Deutschland sich von der Konferenz zurückgezogen hat. Wir hatten Deutschland gebeten, sich jetzt an den Verhandlungen zu beteiligen und nicht erst am Ende. Der Meinungsaustrausch, auf den ich anspiele (gemeint sind die Besprechungen in Genf vor dem Austritt Deutschlands; D. Red.), sollte nicht deutschfeindlich, sondern europafreundlich sein. Die Verhandlungen sollten nicht geführt werden, um jemanden zu strafen, sondern um dem Frieden zu dienen. Wenn kein Abkommen zustande komme, so würde der Welt klargemacht werden, auf wessen Schultern die Verantwortung liege. Auf jeden Fall können wir nicht

unsere internationalen Verpflichtungen

ausdehnen als Preis für das, was im Interesse einer Vereinbarung gefordert werden könnte. Zu dem Vorschlag einer internationalen Polizeimacht sagte MacDonald, die Ausführung dieses Vorschlages würde sehr schwierig und langwierig sein. Wer sollte die Polizeimacht führen? Die englische Regierung werde, wie bisher, Änderungen in der Frage des Luftbombardements von der Bedingung abhängig machen, daß die Luftfahrt international kontrolliert werden solle, besonders insofern sie im Falle eines Kriegsausbruchs zu einer sofortigen und ersten Bedrohung für die Zivilbevölkerung werden könnte. Ein ziviles Flugwesen zu zerstören, würde nicht nur Wahnsinn, sondern ein Verbrechen jeder Reiterrena sein.

die Wahlergebnisse auch den Auslandsdeutschen, besonders den bedrohten Minderheiten, der Rücken gestärkt wird und daß die nationale Bewegung in Österreich, wo Herr Dollfuß seit einigen Tagen mit dem Ständerat regiert, einen noch stärkeren Auftrieb erhält als nach dem 30. Januar und nach dem 5. März.

Das „unerbittliche deutsche Ehrgefühl“, wie Bismarck es nannte, hat sich durchgesetzt. Noch in der Nacht des Wahltages hat unser Führer Adolf Hitler dem ganzen deutschen Volk seinen Dank ausgesprochen — ihm selbst aber, der das nationale Selbstbewusstsein des Deutschen überhaupt erst wieder zur Geltung brachte, gebührt der größte Dank! Nun wird sich zeigen, daß er wie immer so auch darin Recht behalten wird, wenn er am Freitag in seiner großen Rede vor den deutschen Arbeitern erklärte, man werde sich draußen in der Welt daran gewöhnen müssen, „mit dem zu rechnen, was ist, mit dem deutschen Volk!“

## Sachsens Ja-Wort.

Der vergangene Sonntag war kein Wahltag, sondern ein Feiertag! Das befandeten nicht nur die Kirchenglocken, die zur Mittagsstunde die deutsche Einigkeit festlich erkläuteten, das beklundete der Charakter des ganzen Tages überhaupt. Es gab keine gegenseitigen Verunglimpfungen und Hegerereien, es gab nur einen einzigen großen Appell, und zu diesem Appell sind sie alle angetreten. Auch das einstmalige rote Königreich Sachsen hat bewiesen, daß es mächtig umgelern hat, und daß es nicht minder fest in der Treue zu unserem Führer Adolf Hitler steht, als die übrigen deutschen Länder.

Enorm war auch bei uns die Wahlbeteiligung. Hat sie doch die schon ungewöhnlich hohe Ziffer von 5. März dieses Jahres, die im Wahlkreis Dresden-Vahren 90,2, im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau 92 und in dem Wahlkreis Leipzig gar 93 Prozent betrug, noch übertrafen. So wählten in dem erstgenannten Wahlkreis von 1 389 442 Berechtigten jetzt 1 322 811, in Chemnitz-Zwickau von 1 357 473 Wahlberechtigten 1 302 208 und im Wahlkreis Leipzig von 980 684 volle 930 323 Wähler. Noch höher war die Beteiligung bei der Volksabstimmung, und zwar im Wahlkreis Dresden-Vahren um weitere rund 17 000, im Wahlkreis Leipzig um 20 300 und im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau um rund 15 800. Das ist um so bedeutsamer, als ja nicht, wie früher ein ganzer Speisejettel voll Parteien die Wähler an die Urne gerufen hat, sondern einzig und allein die nationalsozialistische Volksbewegung und die von ihr gebildete Regierung es waren, die diese Rekordbeteiligung zustande gebracht haben. In zahlreichen Gemeinden schloß auch nicht ein einziger Wähler, und man könnte in Variation eines bekannten

Zitates mit Recht das neue Wort prägen: Der Kanzler rief, und alle, alle kamen!

Es war aber nicht nur eine Rekordbeteiligung, sondern auch ein Rekord-Vertrauensvotum. Wann hat je in der Geschichte aller Völker ein Volk so einmütig hinter seinem Führer gestanden? Denn das ist ja gerade für Sachsen das überwältigende dieses Wahlergebnisses, daß von Ost bis West und von Nord bis Süd mit einem Male all die unzufriedenen Vorkämpfer und noch mehr die einstmaligen von ihren Führern verheißenen Marxisten ihre früheren Anschauungen abgeschworen haben. Selbst in den ehemaligen Hochburgen der roten Herrschaft, in den Industriezentren und Kohlengebieten ist bei dieser Wahl, die doch ebenso geheim war, wie jede frühere, und bei der keinem Wähler verwehrt war, seiner gegenteiligen Ansicht oder gar etwa seiner Abneigung gegen die nationale Regierung und die NSDAP, unkontrollierbaren Ausdruck zu geben, nur ein so verschwundenes Minimum von ungültigen oder Nein-Stimmen zu verzeichnen, daß es selbst zu den doch schon geminderten Wahlerfolgen der Linksparteien am 5. März in gar keinem Verhältnis steht. Hatten doch bei jener Wahl die Sozialdemokraten im Wahlkreis Dresden-Vahren noch über 28 Prozent, im Wahlkreis Leipzig knapp 28 Prozent und im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau reichlich 21 Prozent Stimmen auf sich vereinigt, während die Kommunisten im erstgenannten Wahlkreis 13,4, im anderen 17,4 und im Chemnitz-Zwickauer Kreis sogar 19 Prozent der Stimmen erringen konnten. Beide Parteien hatten also zusammen im Durchschnitt über 40 Prozent aller Wähler noch anzulocken vermocht. Nun aber, wo die Agitatoren der Marxisten nicht mehr das Blaue vom Himmel herunter versprechen und in ihrer zügellosen Weise gegen das nationale Erwachen hegen können, ist mit einem Male auch der Glaube an ihre Lehre geschwunden. Das Land, das eine Zeigner-Zeit unter dem Sowjetbanner erlebt hat, in dem sozialdemokratische Polizeiprääsidenten den wüsten Terror der Linken begünstigten, auf dessen Straßen die rote Fahne mit dem Sowjetstern oder den drei Pfeilen vor noch gar nicht so langer Zeit dominierte, steht heute unter dem Falkenkreuz. Und dieser Umschwung ist nicht etwa eine Folge anderer Versprechungen, die nun etwa die früheren Versprechungen der marxistischen Führer abgelöst hätten, sondern eine Folge der Tat. Das Volk braucht nicht zu glauben, sondern es kann mit offenen Augen sehen, was in den acht Monaten seit der letzten Wahl von der nationalen Regierung geleistet worden ist. Nicht nur von der des Reiches, sondern auch von unserer sächsischen Regierung, die Hand in Hand mit dem Reichstatthalter Wutschnow und den Organisationen der NSDAP in einer zielbewußten Weise der schlimmsten Geißel des Landes, der Arbeitslosigkeit, zu Leibe gegangen ist, daß auch in unserem schwer geprägten Grenzlands